Bericht aus dem Bundeshaus

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **171 (2005)**

Heft 2

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Vorstösse

Parlamentarische Vorstösse

Der Bundesrat hat folgenden parlamentarischen Vorstoss beantwortet:

Anfrage Boris Banga (SP/SO) zu Informationspolitik des VBS

Gemäss Nationalrat Banga hat der Chef der Armee im Oktober 2003 seinen Kadern angeordnet, dass von der Öffentlichkeit nachgefragte Unterlagen *auf dem Dienstweg* über das Generalsekretariat VBS zugestellt werden. Zur *Begründung* wird angeführt, dass *widersprüchliche* Informationen Parlamentarier und Parlamentarierinnen sowie Bürger und Bürgerinnen verunsichern und ein unprofessionelles Bild auf das VBS werfen würden. Nationalrat Banga stellt in diesem Zusammenhang Fragen u.a. zu den gesetzlichen Grundlagen für eine solch umfassende Weisung, zum *uneingeschränkten Informationsmonopol* beim Generalsekretariat VBS und zur *Verunsicherung* der Mitarbeitenden des Kaders.

Der *Bundesrat* erwähnt in seiner *Antwort,* dass nach der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzgebung der *Bundesrat* die Information der Bundesversammlung, der Kantone und der Öffentlichkeit gewährleistet (Art. 10 RVOG). Die *Departemente* und die *Bundeskanzlei* tragen die Verantwortung für die interne und externe Information und Kommunikation über ihre Geschäfte (Art. 23 Abs. 2 RVOV). Artikel 7 des Parlamentsgesetzes regelt die Informationsrechte der Ratsmitglieder. Über Gesuche von Ratsmitgliedern um Information entscheidet das *zuständige Departement* (Art. 5a RVOV). Aus diesem Hintergrund kann von einem «uneingeschränkten Informationsmonopol beim Generalsekretariat» nicht die Rede sein. Auch die unterstellten Bereiche des VBS verfügen über eigene *Kommunikationsinstrumente* und setzen diese gezielt ein. In der Phase der Umsetzung der neuen Armee ist es von *allgemeinem Interesse,* die entsprechende Kommunikation *aktiv* zu führen. Die verschiedenen Aspekte aus Sicht des Departementes sollen *integral* einfliessen und berücksichtigt werden. Deswegen ist die *Koordination* der Kommunikation auf der Stufe des Departementschefs sinnvoll. Ein solches Vorgehen kann zudem der Departementsführung allfällige *Fehlerquellen* aufzeigen. Die Kader und Mitarbeitenden des Departementes sind sich bewusst, dass im *Umgang* mit Zahlen und Fakten zur neuen Armee besonders *umsichtig* vorgegangen werden muss. Deswegen ist davon auszugehen, dass sie auch Verständnis dafür aufbringen, dass Angaben abgestimmt und nach *Konsultation* aller beteiligten Stellen zu erfolgen haben. Der *Aufwand* dafür dürfte nicht grösser sein als für ein allfälliges *Aufarbeiten* nach Entdeckung von nicht abgestimmten, fehlerhaften Angaben.

Es sind u. a. folgende parlamentarische Vorstösse beim VBS in Bearbeitung:

Motionen

■ *Fraktion SVP* zu Anpassung der Armeeorganisation an die aktuelle Bedrohungslage

Der Bundesrat wird beauftragt, die Armeeorganisation an die aktuelle Bedrohungslage für unser Land und Volk anzupassen, indem die Infanterie vermehrt als Territorialinfanterie ausgebildet wird, die Flughafenformationen wieder aktiviert und die militärische Katastrophenhilfe verstärkt wird.

■ *Fraktion SVP* zu Verzicht auf bewaffnete Auslandeinsätze

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 66 ff. des Militärgesetzes zu streichen und auf bewaffnete Militäreinsätze zu verzichten.

■ *Nationalrat Ulrich Schlüer (SVP/ZH)* zu Armeebudget nur für Sicherheitsaufgaben

Es sind die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit inskünftig dem Armeebudget ausschliesslich noch Aufwendungen für die Sicherheit des Landes belastet werden.

■ *Nationalrat Alexander J. Baumann (SVP/TG)* zu Armee XXI. Umfassende Schwachstellenanalyse

Der Bundesrat wird eingeladen, folgende Massnahmen zu treffen, wenn die Armee XXI nicht vollständig zum Pleitefall werden soll:

– eine ehrliche und schonungslose Schwachstellenanalyse, die endlich Schluss macht mit der dauernden Schönfärberei, wie sie bis anhin betrieben wird;

– äusserst kritische Überprüfung der Prozessabläufe im VBS zur Behebung der unverzeihlich hohen Fehlerquote im Administrativen und Personellen;

– eine völlige Neuüberarbeitung des Ausbildungskonzeptes unter Einbezug der Miliz, denn das heutige Flickwerk mit Zeitsoldaten und «Handlangern» überfordert das Instruktionskorps und ist Ursache von weiteren Fehlleistungen in der Ausbildung;

– kein Ausweichen auf Nebenplätze, wie Erhöhung der Durchdienerquote oder vermehrte Beschäftigung von Zeitsoldaten, denn damit werden die Probleme nicht gelöst; vielmehr sind durchgreifende Massnahmen zur Behebung der erkannten Schwachstellen durchzusetzen, und zwar ohne Zeitverzug.

Interpellationen

Nationalrat Adrian Amstutz (SVP/BE) zu Lufttransportdienste. Einsparungen durch Zusammenlegung

Bis wann wird die Zusammenlegung des zivilen Lufttransportdienstes (STAC) mit dem militärischen (LTLW) abgeschlossen sein? Ist der Bundesrat bereit, im Sinne erhöhter Transparenz, die effektiven Kosten für die Leistungen des Lufttransportdienstes regelmässig auszuweisen? Wann kann der Bundesrat die Einsparung, die durch die Zusammenlegung der beiden Lufttransportdienste entstehen sollte, qualifizieren? Ab welchem Zeitpunkt beabsichtigt der Bundesrat, die effektiven Kosten denjenigen Departementen in Rechnung zu stellen, welche diese Leistungen in Anspruch nehmen?

■ *Nationalrat Markus Hutter (FDP/ZH)* zu Konzeptarbeit für die Zukunft der Armee

In der letzten Ausgabe der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift» (ASMZ) wurden die *Ziele des VBS für das Jahr 2005* publiziert, die eine weitergehende armeepolitische Standortbestimmung erwarten lassen.

Unter *Ziel 10* «Sicherheit durch Kooperation» wird dort ausgeführt: «Die Strategie zur optimalen Nutzung der nationalen und internationalen Beiträge der Schweiz im Rahmen der sicherheitspolitischen Gemeinschaft ist entwickelt.»

Nationalrat Hutter will vom Bundesrat wissen, wer daran ist oder den Auftrag erhalten hat, die in Ziel 10 in Aussicht gestellte *Strategie* zu entwickeln. Handelt es sich dabei um die Strategie des *Kleinstaates Schweiz* in der *Staatengemeinschaft?* Wie lauten die *Vorgaben* des Bundesrates an die beauftragten Instanzen? Wie wird das *Parlament* informiert oder miteinbezogen, und welche *Aktivitäten* erwartet der Bundesrat vom Parlament?

Unter *Ziel 12* «Sicherstellung der geforderten Einsätze und Aufbau einer massgeschneiderten Grundbereitschaft der Armee» heisst es: «Die vom Bundesrat und/oder vom Parlament geforderten Einsätze sind sichergestellt.

Wer – so Nationalrat Hutter – entwickelt die gemäss Ziel 12 vorgesehene *Einsatzplanung* und den *Aufbau* einer *massgeschneiderten* Grundbereitschaft der Armee? Handelt es sich dabei um die für die Neuausrichtung der Armee wesentlichen *sicherheitspolitischen Leistungsaufträge?* Wie lauten die Aufträge an die *Konzeptentwickler?* Wie wird das Parlament informiert und miteinbezogen?

Anfragen

■ *Nationalrat Boris Banga (SP/SO)* zu Vereinheitlichung der Alarmnummern des VBS

Beim Departement Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport gibt es mehrere Alarmnummern, an welche sich die zivilen Partner bei subsidiärer Hilfe, in Notfällen und bei Katastrophen usw. wenden müssen (Nationale Alarmzentrale, Schadenzentrum VBS, Büro Schweiz, Soforthilfe der Armee, Blindgängerzentrale, Pikettstelle VBS für dringende Fälle ausserhalb der Bürozeiten usw.). Diese Alarmnummern sind aus wenig verständlichen – wahrscheinlich historischen – Gründen an verschiedenen Orten angegliedert, weisen einen unterschiedlichen Organisations- sowie Professionalisierungsgrad auf und sind teilweise nicht vernetzt. Ist der Bundesrat bereit, dieser Nummernvielfalt im Sinne einer besseren Koordination ein Ende zu bereiten und in Zusammenarbeit mit den zivilen Partnern eine Zusammenlegung anzustreben? Würde sich für eine einheitliche, effiziente und kostengünstige Lösung möglicherweise die Nationale Alarmzentrale aufdrängen?

Zusammensetzung Sicherheitspolitische Kommissionen 2005

Die Sicherheitspolitischen Kommissionen (SiK) haben die Aufgabe, die ihnen zugewiesenen Sachgeschäfte Landesverteidigung, Zivilschutz, wirtschaftliche Landesversorgung, Friedens- und Sicherheitspolitik sowie Kriegsmaterial vorzuberaten und ihrem Rat Antrag zu stellen. Sie arbeiten dabei intensiv mit dem Bundesrat zusammen.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-N) setzt sich aus 25 Mitgliedern, diejenige des Ständerates (SiK-S) aus 13 Mitgliedern zusammen.

Beide Kommissionen tagen in der Regel einmal pro Monat.

SiK-N

1 Engelberger Eduard, Präsident (FDP/NW; 1995[1])

Gemäss Bundeskanzlei reichten in der Legislaturperiode 1999 bis 2003 die Mitglieder des National- und Ständerats insgesamt 4972 parlamentarische Vorstösse ein, nämlich
- 288 parlamentarische Initiativen
- 1121 Motionen
- 656 Postulate
- 80 Empfehlungen
- 1177 Interpellationen
- 626 Einfache Anfragen und
- 1024 schriftliche Fragen im Rahmen der Fragestunden des Nationalrats

Das ergibt einen Durchschnitt von 20 Vorstössen pro Parlamentarierin und Parlamentarier, wobei einzelne auf das Doppelte bis Dreifache und sogar noch mehr kommen.

Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

2 Haering Barbara, Vizepräsidentin (SP/ZH; 1990[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]:
- Anfragen
  - Militärische Anwendung von Nanotechnologien. Mögliche Umwelt- und Gesundheitsschäden
  - Gender Mainstreaming im VBS
  - Rekrutenguide und VBS
  - Verkäufe armasuisse

3 Banga Boris (SP/SO; 1995[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]:
- Anfragen
  - Vereinheitlichung der Alarmnummern des VBS
  - Umsetzung der Logistikbasis der Armee
  - Informationspolitik des VBS
  - Transportflugzeuge Casa C-295M. Folgekosten
  - Schützenpanzer CV-9030 auf Kriechspur?
- Frage
  - Aufklärungsdrohnen

4 Bezzola Duri (FDP/GR; 1991[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

5 Borer Roland (SVP/SO; 1991[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

6 Bugnon André (SVP/VD; 1999[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

7 Burkhalter Didier (FDP/NE; 2003[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]:
- Interpellation
  - Investitionen für die Armee. Mehrjährige Rahmenkredite

8 Büchler Jakob (CVP/SG; 2003[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

9 Donzé Walter (EVP/BE; 2000[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]:
- Fragen
  - Schutz vor «schmutzigen» Bomben
  - Verkauf von Armeematerial mit Gefahrenpotenzial

10 Garbani Valérie (SP/NE; 1999[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]:
- Interpellationen
  - Swisscoy. Verletzung des internationalen Chemiewaffenübereinkommens
  - Swisscoy. Verharmlosung der Risiken

11 Günter Paul (SP/BE; 1979–1991, 1995–[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]:
- Frage
  - Bierproduzent als Fussballsponsor

12 Haller Ursula (SVP/BE; 1999[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]:
- Motion
  - Bergung und Entsorgung von Munition aus Schweizer Seen

13 Hollenstein Pia (GPS/SG; 1991[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]:
- Interpellation
  - Alpen von Militärschrott befreien
- Anfragen
  - Einbunkern von strahlendem Mirage-Müll
  - Umweltinformation im VBS

14 Imfeld Adrian (CVP/OW; 2001[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]:
- Interpellation
  - Logistikinfrastruktur der Armee in den Randregionen

15 Lang Josef (SGA[3]/ZG; 2003[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]:
- Interpellation
  - Zeitliche Unverträglichkeit von Studium und RS
- Anfrage
  - Aktives Anbieten militärischer Dienste

16 Leu Josef (CVP/LU; 1991[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

17 Loepfe Arthur (CVP/AI; 1999[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

18 Miesch Christian (SVP/BL; 1991–1995, 2003–[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

19 Oehrli Fritz Abraham (SVP/BE; 1995[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

20 Salvi Pierre (SP/VD; 2002[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]:
- Interpellation
  - Beschleunigter Abbau der logistischen Infrastruktur der Armee

21 Schlüer Ulrich (SVP/ZH; 1995[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]:
- Motion
  - Armeebudget nur für Sicherheitsaufgaben
- Interpellationen
  - Schwere Zwischenfälle in Kosovo. Reaktion der Swisscoy-Truppen?
- Anfrage
  - Schweizer Generalstabsoffizier Mitglied in der Reformkommission des österreichischen Bundesheeres

22 Siegrist Ulrich (SVP/AG; 1999[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

23 Vaudroz René (FDP/VD; 1999[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]:
- Motion
  - Jugend und Sport. Jährliche Unterstützung von 2006 bis 2008
  - Vernehmlassungsberichte und Botschaften des Bundesrates
- Frage
  - Fusion der Lufttransportdienste des Bundes

24 Wasserfallen Kurt (FDP/BE; 1999[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

25 Widmer Hans (SP/LU; 1996[1])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]:
- Interpellationen
  - Wohin mit dem radioaktiven Material aus dem VBS?
  - Üben für ein Panzergefecht, das es nicht geben wird
  - Panzerverkäufe
  - Beitrag der Nationalspende an die Feier zur Armee XXI
- Anfrage
  - Verbindung der Begriffe «Leitkultur» und «Nulltoleranz»
- Frage
  - Drohnen und Datenschutz

SiK-S

1 Maissen Theo, Präsident (CVP/GR; 1995[4])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

2 Bürgi Hermann, Vizepräsident (SVP/TG; 1999[4])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

3 Altherr Hans (FDP/AR; 2004[4])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

4 Amgwerd Madeleine (CVP/JU; 2003[4])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

5 Béguelin Michel (SP/VD; 1987–1999[1], 1999[4])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

6 Bieri Peter (CVP/ZG; 1995[4])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

7 Gentil Pierre-Alain (SP/JU; 1995[4])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

8 Hess Hans (FDP/OW; 1998[4])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

9 Kuprecht Alex (SVP/SZ; 2003[4])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

10 Langenberger Christiane (FDP/VD; 1995–1999[1], 1995[4])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

11 Leumann-Würsch Helen (FDP/LU; 1995[4])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

12 Reimann Maximilian (SVP/AG; 1987–1995[1], 1995[4])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]:
- Interpellation
  - Der Schweizer Spitzensport nach Athen 2004

13 Schwaller Urs (CVP/FR; 2003[4])
Eingereichte Vorstösse 2004[2]: keine

[1] Im Nationalrat seit …
[2] Dem VBS zur Beantwortung zugewiesen
[3] Sozialistisch-Grüne Alternative
[4] Im Ständerat seit … ■